

„Wir brauchen die SPD zurück für die Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeitnehmer/-innen und Jugend!“

Nach der vernichtenden Absage der ArbeitnehmerwählerInnen in der Bundestagswahl am 27. 9. an die Politik der SPD in der Großen Koalition und den dafür hauptverantwortlichen Vertretern der Schröder-Agenda-Politik, Steinmeier, Steinbrück und Müntefering, ist in der SPD eine breite Diskussion aufgebrochen.

Eine freie und breiteste Diskussion über die wirkliche Bilanz von über 11 Jahre SPD-Politik in der Regierung – eine Diskussion, die aber vor allem auch in einen Dialog mit den Arbeitnehmer-WählerInnen treten muss, die dieser Politik ihre Stimme verweigert haben, ist die Voraussetzung für die wirkliche personelle und politische Erneuerung auf allen Ebenen, fordern GenossInnen in ihren Beiträgen.

In dieser Situation kann es nur als Provokation wirken, wenn durch die Selbstonominierung eines neuen SPD-Parteivorstands eine solche wirkliche Bilanzdiskussion von vorneherein erstickt werden soll.

Und wenn Steinmeier sich zum Fraktionsvorsitzenden küren lässt, um die SPD in der Opposition derselben Politik der Antireformen, die unter seiner Mitwirkung in der Großen Koalition beschlossen wurden und die er ausdrücklich rechtfertigt, weiter zu unterwerfen.

Und wenn er nachdrücklich betont, dass die SPD die Rolle, für die „soziale Balance“ zu sorgen, die sie in der Großen Koalition gespielt haben, nun aus der „Opposition“ heraus fortsetzen muss. Was aber nichts anderes heißen kann, als

dass er dafür steht, dass die SPD in der Opposition die schwarz-gelbe Koalitionsregierung unter Merkel – und damit die noch brutaleren Schläge gegen die arbeitende Bevölkerung und Jugend – „sozial wachsam“ begleiten will.



Steinmeier und Platzeck

Diese Politik von Steinmeier ist völlig vereinbar mit der Bildung einer SPD/Linke-Regierung, möglichst unter Einbindung der Gewerkschaften, in Brandenburg unter Platzeck. Denn der hofft, nach dem Vorbild des rot-roten-Senats in Berlin, ein Programm der sozialen Grausamkeiten gegenüber den Widerständen der Bevölkerung im Bündnis mit der Linken leichter durchsetzen zu können: einschneidende Kürzungsmaßnahmen wegen des langsam auslaufenden Geldes aus dem Solidarpakt und der Schuldenbremse; drastischer Stellenabbau beim Landespersonal...

Und genauso vereinbar mit Steinmeiers Kurs ist die Entscheidung von Matschie zur Bildung einer Großen Koalition in Thürin-

gen, was schon einen „Aufstand“ in der thüringischen SPD provoziert hat.

„Das ist die Stimme der Arbeitnehmerpartei, die sich erhebt.“

Um all den GenossInnen, GewerkschaftskollegInnen, den traditionellen ArbeitnehmerwählerInnen, den aus der SPD Ausgestoßenen, die einen grundsätzlichen Neuanfang der SPD auf der Grundlage einer ernsthaften Bilanzdiskussion fordern, eine Stimme zu geben, haben SPD-GenossInnen aus NRW und Thüringen die Herausgabe eines Rundbriefs beschlossen, der den breitesten Meinungsaustausch und die gegenseitige Information ermöglicht.

Die Redaktion der »Sozialen Politik & Demokratie« ruft ihre LeserInnen auf, mit ihren Beiträgen und Dokumenten zu dieser für eine Wiederaufrichtung der SPD unverzichtbaren Diskussion an dem Rundbrief mitzuwirken.

CARLA BOULBOULLÉ



Thüringen: Basistreffen der SPD

Der Rundbrief „soll u.a. durch den Austausch von Dokumenten, Stellungnahmen, Anträgen usw. dabei helfen, die SPD als Instrument des Kampfes der Arbeiterschaft und Jugend zurückzugewinnen zur dringenden Verteidigung ihrer Errungenschaften und Interessen gegen die kommenden Schläge der Regierung Merkel und ihrer Politik, die Kosten der Krise auf die Massen abzuwälzen“ (Rundbrief Nr. 1 vom 7. 10. 09).

Der Rundbrief erscheint in keinem festen Rhythmus, sondern in kurzen Intervallen, um auf diese Weise möglichst schnell allen Interessierten Informationen zur Verfügung zu stellen. So wurden in den ersten beiden Rundbriefen diverse Zuschriften

2. Rundbrief ist erschienen

veröffentlicht, ein »Offener Brief« an die Berliner SPD-Spitze, Pressemitteilungen und Anträge von AfA- und Juso-Gliederungen aus verschiedenen Bundesländern, einen Pressebericht vom Treffen, zu dem Hilde Mattheis in Stuttgart am 3. Oktober eingeladen hatte, auf dem zahlreiche Unterstützerinnen und Unterstützer für den Aufruf »Wir brauchen die SPD zurück für die Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeitnehmer/-innen und Jugend!« gewonnen werden konnten.

„Diese und andere sehr positive Reaktionen und Antworten auf den Aufruf sollten jetzt ein weiterer Ansporn dafür sein,

für seine möglichst große Verbreitung und die entsprechend breite Unterstützung zu sorgen. Ihr seid alle aufgefordert, den Aufruf zu unterzeichnen und an Eure Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen weiterzuleiten“, schreiben die Herausgeber.

Zusendungen bitte an

henning.m.frey@web.de oder klaus-schueller@gmx.de oder grotjohann.schuster@t-online.de

(Der Aufruf ist veröffentlicht in »Soziale Politik & Demokratie«, Nr. 220, und kann auch über die o.a. Adressen als Sonderdruck bezogen werden.)